

Gilmer Zeitung

Er scheint wöchentlich zweimal: Donnerstag und Sonntag früh.

Schriftleitung und Verwaltung: Presse nova ulica Nr. 6. Telephon 21. — Anzeigen werden in der Verwaltung gegen Berechnung billiger Gebühren entgegengenommen
 Bezugspreise: Für das Inland vierteljährig Din 10.—, halbjährig Din 20.—, ganzjährig Din 40.—. Für das Ausland entsprechende Erhöhung. — Einzelne Nummern Din —.50

Nummer 22

Donnerstag den 16. März 1922

4. [47.] Jahrgang

Ungeremtheiten.

(Aus Leserkreisen.)

Es gab eine Zeit, in der die Postverwaltung bei uns und anderswo ihren Stolz darein setzte, mangelhaft oder in irgendeiner exotischen Sprache adressierte Briefe den Empfängern zuzustellen, obwohl geradezu detektivische Anstrengungen damit verbunden waren. Allerdings war damals die Meinung noch stark verbreitet, daß das Postamt für das Publikum da sei und sich nach dessen Forderungen, Wünschen und Bedürfnissen zu richten habe und nicht umgekehrt. Denn gerade im Postamt kommt das eigentliche Verhältnis des Amtes zum Publikum scharf zum Ausdruck. Durch die aufgeklebte Marke, durch die erlegte Gebühr werden die Dienste der Postangestellten in jedem einzelnen Falle gekauft und der Käufer hat das Recht, für sein Geld ein gerechtes Maß von Entgegenkommen zu verlangen. Dieses Entgegenkommen wurde seinerzeit vor allem auf die Grundlage gestellt, daß der Zant und Haber des Tages den Dienst hinter dem Schalter in keiner Weise beeinflussen durfte. Heute, da das Wort Demokratie auf aller Lippen ist, scheint man in den Poststuben anderen Grundsätzen zu huldigen. Wenigstens existiert ein merkwürdiger Befehl der Postbehörde, daß Sendungen, die nicht die slowenischen Ortsbezeichnungen tragen, nicht zuzustellen sind. Im Inlandsverkehr nicht zuzustellen! Das Ausland, das die Ortsnamen nach wie vor aus dem internationalen Postbuch bezieht, darf vorläufig noch die deutschen Bezeichnungen Marburg, Pettau, Cilli, Gottschee usw. anwenden.

Ich will den Widerspruch, der darin liegt, nicht weiter ausführen, sondern auf den Schaden hin-

weisen, der oft genug aus dieser Verfügung erwächst. Ein Schaden, der in gar keinem Verhältnis zu dem steht, was die Postverwaltung im Zusammenhange mit den anderen Amtsstellen in diesem Staate scheinbar erzielen will. Auch von der Berechtigung der Verfügung und ihrer Wirkung auf das Ausland, vor allem auf das nähere Ausland, in dem nationale Minderheiten leben, soll diesmal nicht die Rede sein, sondern ganz einfach von den Folgen.

Wenn jemand einen Brief schreibt, so wird es ihm sicherlich darauf ankommen, daß dieser Brief den Ort seiner Bestimmung erreicht. Und nur darauf! Denn für die altersgrauen Namen Cilli, Marburg, Pettau, Gottschee mit dem Bewußtsein demonstrieren zu wollen, daß der ordnungsgemäß frankierte Brief in den Postpapierkorb fällt bezw. nicht befördert wird, wird wohl keinem Menschen einfallen. Wenn nun trotzdem noch viele Briefe die verpönten Aufschriften tragen, so gehört ein großes Maß amtlicher Gemütsstiefe dazu, hierin irgendeine „Böswilligkeit“ zu erblicken.

Es ist mir ein Fall bekannt, dessen nähere Umstände über die ganze Frage ein bezeichnendes Licht werfen. An Herrn N. wurde aus einer Stadt in Krain ein Brief abgeschickt, der ungemein wichtige Mitteilungen enthielt und bei dem es hauptsächlich darauf ankam, daß er zu einer bestimmten Zeit im Besitze des Empfängers war. Herr N., der selbst in der Umgebung dieser Stadt beheimatet ist, aber in einer serbischen Stadt lebt, wartete vergeblich auf den Brief und war genötigt, im letzten Augenblicke Hals über Kopf in die Heimat abzufahren, um den größten persönlichen Schaden zu vermeiden. Wer beschreibt sein Erstaunen, ich will sein Gefühl so nennen, als er den Brief in seinem vereinsamten

Elternhause vorfand. Den nach Steiermark adressierten Brief in seinem Heimatdorfe. Mit der Bleistiftnotiz: Existiert nicht! Er konnte sich die sonderbare Geschichte nur dadurch erklären, daß den Postbeamtinnen sein Heimatsort bekannt war und sie ihm die Schrecklichkeit der deutschen Ortsbezeichnung und die Nichtbeförderung zum Bewußtsein bringen wollten. Dies gelang ja gründlich und der Schaden, in diesem Falle glücklicherweise nur ein materieller, war empfindlich groß.

Von diesen und ähnlichen Möglichkeiten muß einmal in der Öffentlichkeit gesprochen werden. Man sage nicht, daß solche Fälle wie der obige Kleinigkeiten sind. Für denjenigen, der für die harmlose Gewohnheit der alten Anschriften den Schaden zu tragen hat, sind sie es niemals. Es muß doch möglich sein, wenigstens in den Ämtern die schärfsten Spigen nationaler Unbuddsamkeit zu vermeiden, zumal sie sowohl dem Ansehen des Amtes, dessen absolute Verlässlichkeit im Bewußtsein der Öffentlichkeit verankert sein muß, als auch dem des Staates sicherlich nicht nützen.

Noch schärfer, weil unmittelbarer, treten die Schwierigkeiten hervor, die den Deutschen im Telephonverbindungsdienste aus demselben Titel gemacht werden. Das Telephon, das in Fällen der Dringlichkeit die mündliche Aussprache an Stelle der schriftlichen Mitteilung setzt, erfordert vor allem die rasche Verbindung durch die Zentrale. Was im schriftlichen Verkehre schließlich möglich ist, nämlich die Verwendung der slowenischen Sprache in der Bezeichnung der angeschriebenen Orte, ist in den Anrufen an die Zentralen für den, der die Sprache nicht beherrscht, schlechterdings unmöglich. Denn abgesehen davon, daß die Verwendung eines

Die kranke Weltwirtschaft.

(Aus Leserkreisen.)

Man höre wohin man wolle, überall die verzweifelte Klage, daß alles im Preise stetig steige, daß die Teuerung unbarbarisch drücke, sowohl den Arbeiter und den Bauer, wie den Beamten und Gewerbetreibenden. Wir erleben es, daß Monat für Monat die Lebensmittel, die notwendigen Bekleidungsstücke und Werkzeuge jeder Art zu einem höheren Kaufpreise entstanden werden müssen. Und überall. Nicht etwa bloß in den bestiegen Staaten, auch bei uns, auch in den neutral gewesenen Staaten und sogar in den großen Siegerstaaten. Ja selbst im reichen Dollartaate, in Amerika, wird das Leben, wie aus vielen Briefen unserer Landsleute hervorgeht, für die arbeitenden Klassen täglich schwieriger. Der Druck auf jede Familie, jedes Wirtschaftsbases, der Druck auf jeden Staat und jedes Volk wird schwerer und schier unerträglich. Hart fallen die Meinungen auseinander. Die politischen Parteien in jedem Lande suchen in allgewohntem Kampfe andere, bessere Wege für ihre Völker zu finden. Jeder Staat bringt diese und jene Maßnahmen in Form von Gesetzen, Vorschriften und Einführungen verschiedener Art in Anwendung. Doch alle vereinzelt Maßnahmen bleiben Stückwerk, denn die Wirtschaft eines jeden Landes ist abhängig von der Weltwirtschaft, diese aber ist krank!

Was heißt Weltwirtschaft?

Wenn wir einen Vergleich anwenden wollen, so können wir sie der Blutzirkulation in einem Körper vergleichen. Diese aber stockt nun. Der Mensch ist abhängig von Nahrung und Kleidung, von dem Werk-

zeuge zur Wiederverwertung seiner Bedürfnisbefriedigungsmittel und somit gebunden an die Verteilung dieser Dinge. Kohle bringt Wärme, Kraft und Leistung, Nahrungsmittel erhalten das Leben, Kleidungsstücke schützen vor den Ungleichheiten der Temperatur. Die ausgleichende Verteilung dieser Dinge ist die Aufgabe der Weltwirtschaft. Die Weltversorgung, die Weltproduktion aber ist angewiesen auf die sich stets erneuernde Nachfrage nach diesen Erzeugnissen. Ueberflusländer führen aus, darbenbe Länder führen ein in stetigen Ströme. Heute stockt dieser Strom, trotzdem der Bedarf noch vorhanden ist. Dieser kreisende Strom stockt, weil zwischen Erzeuger und Verbraucher die Brücke des Vertrauens zertrümmert wurde, weil Millionen und Millionen Menschen vom Hange nicht ablassen wollen.

Wie sieht nun der Weltmarkt aus? Die Baumwollproduktion von Nordamerika wird um ein Drittel herabgesetzt, nachdem die Lagerräume vollgepfropft sind und ein Absatzgebiet nicht da ist. Die Gummipflanzungen der ganzen Welt arbeiten mit Verlust. Die Kupferproduktion der Vereinigten Staaten arbeitet mit großen Abgängen. Die Hälfte der Bergwerke liegt still. Die Lager sind mit 400 Millionen Pfund angestopft. Sind unverkäuflich. Der Getreideanbau in Amerika wird herabgesetzt, nachdem den Sommer hindurch Millionen von Pfund bereits in den Heizkesseln verfeuert wurden. Geradezu grauhaft beleuchtet wird diese Tatsache durch das Weltbewußtsein, daß in Rußland Millionen von Menschen verhungern, weil sie kein Brot haben. Lloyd George nennt im englischen Unterhause die jetzige Petrie englischer Arbeitslosigkeit die größte seit zweihundert Jahren, eine Folge der Absatzkrise! In Japan

sind ein Drittel der Baumwollspinneln außer Betrieb. Verrostete Schiffe liegen in den Welthäfen und die Meereisen gehen zugrunde. Italien, Frankreich führen hohe Schutzzölle ein. Der Wollhandel Englands ist in schwerer Notlage, in China und Japan herrscht kommerzieller und industrieller Niedergang. Auch die Schweiz kann ihre Arbeitskraft nicht mehr verwerten, weil ihre Nachbarn Deutschland und Oesterreich wohl verkaufen, aber nicht kaufen können! Unsere Zeit ist eine Zeit der Mehrzeugung, der Ueberproduktion, die im eigenen Ueberflusse erstickt, weil die Verbraucher, die am Kriege beteiligten europäischen Länder, in ihrer Kaufkraft im Verkehre mit dem Auslande das gesunde Gleichgewicht verloren haben. Die Grenzen, die durch die Friedensverträge von Versailles, St. Germain und Trianon quer und quer durch Europa gezogen wurden, laufen in ihrer großen Mehrheit den wirtschaftlichen Bedürfnissen fast sämtlicher europäischer Völker zuwider. Uralte Geschäftsverbindungen wurden aufgehoben oder zumindest erschwert und eine Zwangsherrschaft errichtet, die eine neue Weltwirtschaft schaffen will, aber immer wieder scheitert, weil die sogenannten Friedensverträge jeglichem Geschäfte, jeglicher Kreditoperation die Rechtsbasis nehmen. Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Polen, die Tschechoslowakei, Rumänien, Jugoslawien, das ganze Mitteleuropa mit seiner entwerteten Währung sind die darbenenden Länder, weil die Zusammenhänge der Wirtschaft zerstört wurden und Deutschland durch den Vertrag von Versailles und Oesterreich durch jenen von St. Germain die Möglichkeit genommen wurde, im gesunden Wechselverkehre der Staaten die ihnen zukommende Rolle zu spielen. Die vielen Konferenzen, die einander auf dem Fuße folgen und in

Dolmetscher eine furchtbar umständliche Geschichte wäre, welche die an und für sich nicht billige Bequemlichkeit des Telephons völlig in Frage stellt, kommen gerade hier Fälle vor, wo sich die amtliche Taubheit gegenüber deutschen Anrufen geradezu verhängnisvoll auswirken kann. Man braucht nur folgenden Fall anzunehmen. Es brennt irgendwo. Sagen wir in einem großen Industrieunternehmen. Der Eigentümer stürzt in seiner begreiflichen Aufregung zum Telephon. Trotzdem er der slowenischen Sprache nicht mächtig ist, ruft er die rasch erfragte slowenische Nummer der Feuerwehr in die Muschel. Er bekommt eine slowenische Antwort und ruft dann in seiner Verzweiflung: „Bitte, Fräulein, ich verstehe nicht slowenisch, bei mir brennt es, rufen Sie die Feuerwehr!“ Wieder eine ihm unverständliche Antwort und er läuft vom Telephon weg. Es gehört nicht viel dazu, sich die Aufregung eines Menschen vorzustellen, der sein Millionenobjekt in Flammen sieht und nicht einmal weiß, ob die Feuerwehr die Brandmeldung erhalten hat.

Ähnliche Möglichkeiten ließen sich eine ganze Reihe aufzählen. Sie allein sollten sich als Bedenken gegen eine derartige Vorschrift aufstellen, wenn man schon nicht mit dem Umstand rechnen will, daß die überwiegende Zahl deutscher Telephonabonnenten in einer Stadt, ich nenne als Beispiel Maribor, sogleich das Recht besitzen sollte, mit der Zentrale auch in deutscher Sprache verkehren zu können. Unser Staat wird immer wieder ein Nationalstaat genannt. Damit werden auch ähnliche Verfügungen begründet. Aber gerade weil er ein Nationalstaat ist und diese seine Wesenheit als feststehend hingestellt wird, könnte erwartet werden, daß man die oben geschilderten Zustände abstellt. Denn das Entgegenkommen in dieser Hinsicht kann an dieser Wesenheit nichts vermissen, sondern höchstens den Ruf einer staatlichen Einrichtung heben, mit deren Wesen (Post) eine gewisse Internationalität an und für sich verknüpft sein muß.

Neue Richtlinien für den Minderheitenschutz.

Am 19. und 20. Jänner tagte in Brüssel die erste Konferenz des Minderheitenschutz Ausschusses, bei welcher elf Staaten vertreten waren, und am 19. April d. J. soll der Ausschuss in München und im

der Konferenz von Genua eine Art erlösenden Abschlusses finden sollen, sind nichts anderes als der Ausdruck der wirtschaftlichen Not Mitteleuropas, die ihre Rückschlüsse in Frankreich, England und Amerika bereits empfindlich ausgewirkt hat.

Vorläufig spüren die Ausschaltung Deutschlands und Rußlands aus dem natürlichen wirtschaftlich-politischen Wechselverkehr die Randstaaten Deutschlands und die Nationalstaaten der ehemaligen Monarchie am eigenen Leibe so sehr, daß man darüber keine Worte zu verlieren braucht.

Wir leben im Zeichen eines Handelskrieges und der in die Welt gesetzte Haß, geschürt durch die langen Kriegsjahre und immer wieder genährt durch die Auswirkungen der Friedensverträge, reißt das Loch immer größer, das der Weltwirtschaft in Mitteleuropa geschlagen wurde! Wenn heute einzelne Staaten schon vor dem völligen Zusammenbrüche stehen, so sind es keine Einzelfälle. Die Reihe der Staatsbankrotte wird sich fortsetzen und die Völker Europas müssen den Weg der Not gehen, den ihnen kurzfristige und ehrgeizige Politiker gewiesen haben. Nur die Zusammenarbeit, der gegenseitige Austausch sowohl wirtschaftlicher als kultureller Güter können die Wunden heilen, an denen Europa krankt.

Diese Erkenntnis der Unersehbarkeit des deutschen Verbrauchs und der deutschen Erzeugung hat sich zwar im In- und Auslande bereits zum Teile durchgesetzt, aber die Wege, die zur Wiederherstellung der europäischen Wirtschaft — der einzigen richtigen Reparation — führen, werden zurzeit noch versperrt, weil der Haß und die Vorurteile einzelner Menschen über das Wohl der Millionen gesetzt werden.

Monate Juni in Prag seine Beratungen fortsetzen. Außerlich werden sich die Konferenzen von München und Prag von jener in Brüssel dadurch unterscheiden, daß zur Verhandlung über die Minderheitenfragen nicht mehr, wie bisher, bloß die Vertreter der Mehrheitsvölker, sondern auch die Delegierten der völkischen Minderheiten zugelassen werden sollen. Die Minderheiten hatten zwar bisher das Recht, an das Sekretariat der Völkerbundunion in Brüssel Beschwerde- und Klageschriften einzureichen, aber die vorgebrachten Wünsche, Forderungen und Beschwerden konnten nur dann in Verhandlung gezogen werden, wenn sich der anwesende Vertreter eines Mehrheitsvolkes zu ihrem Anwalt machte, wenn also beispielsweise der österreichische Delegierte sich für die Interessen der deutschen Minderheiten in den Nachfolgestaaten einsetzte. Nun haben aber manche Minderheiten, welche befürchten mußten, wegen solcher Eingaben von ihren Regierungen drangsalariert zu werden, bisher auf dieses Recht überhaupt verzichtet und die internationalen Minderheitenschutzbestimmungen sind in vielen Fällen ein bedrucktes Stück Papier geblieben. Das soll nun anders werden. Zur Münchener und Prager Konferenz sollen auch Vertreter der völkischen Minderheiten beigezogen werden, welche, soweit die deutschen Volksgenossen in den Nachfolgestaaten in Betracht kommen, von der österreichischen Völkerbundliga vorgeschlagen werden sollen. Auf diese Weise werden die völkischen Minderheiten Gelegenheit haben, ihre Angelegenheiten mit den Vertretern der Mehrheitsvölker vor einem internationalen Forum zu verhandeln und ihre Klagen gegen die Ablehnungsversuche der Herrschaftsvertreter persönlich zu führen. Für die Münchener Konferenz ist die mündliche Verhandlung in Aussicht genommen und das vorgebrachte Tatsachenmaterial soll sobald die Unterlage für die Prager Beratungen bilden. Für diese ist der belgische Professor Kuyssin zum Hauptreferenten auszuwählen, wogegen der Schweizer Professor Aebby die juristischen Fragen behandeln und Sir Willoughby Dickinson über die daraus abzuleitenden Schlüsse Bericht erstatten wird.

Die Beograder Regierung und die deutsche Minderheit in unserem Staate werden durch diese Beschlüsse vor neue Tatsachen gestellt, denen sie Rechnung werden tragen müssen. Die Regierung wird alles Interesse daran haben, in der Zwischenzeit die Beschwerden der deutschen Staatsbürger kennen zu lernen, sie zu überprüfen und nach Gerechtigkeit abzustellen, da es ihr nicht gleichgültig sein kann, daß offenkundige Rechtsbeugungen, die sich besonders in den nördlichen Gebieten des Staates zgetragen haben mögen, und sonstige Maßnahmen, die gegen den Buchstaben und Geist der internationalen Verträge und der eigenen Verfassung verstoßen, vor aller Welt im Brennpunkt öffentlicher Kritik dargestellt werden. Aber auch die deutsche Bevölkerung in Südbanien ist daran interessiert, dafür zu sorgen, daß ihre Wünsche und Beschwerden rechtzeitig geschildert und durch befähigte und erfahrene Delegierte bei den internationalen Tagungen vortragen und vertreten werden.

Zur Grundlage der Minderheitenforderungen wird wohl das Selbstbestimmungsrecht der nationalen Minderheiten auf sprachlichem, konfessionellem, kulturellem und wirtschaftlichem Gebiete gemacht werden müssen. Denn das Selbstbestimmungsrecht der nationalen Minderheiten, wozu in erster Linie auch das Recht gehört, über die eigene Volkszugehörigkeit und die der Kinder frei zu entscheiden, wird in der Theorie von allen Staaten anerkannt und die Durchführung dieses Grundsatzes in der amtlichen Statistik, im Schulwesen usw. wird sonach von keiner Regierung als Demütigung empfunden werden dürfen. Dies wird umso weniger der Fall sein können, als manche Regierungen, wie z. B. auch die ungarische, die Begünstigungen und Rechte, welche hiernach den eigenen Minderheiten werden eingeräumt werden müssen, mit vollem Fug auch für ihre Volksgenossen in den Nachbarstaaten werden in Anspruch nehmen können.

In München und Prag wird sich sonach die Möglichkeit bieten, daß im persönlichen Verkehr einerseits zwischen den Minderheiten und den Mehrheitsvertretern eines und desselben Staates und andererseits zwischen den Minderheiten verschiedener Staaten untereinander eine gemeinsame Grundlage für die Regelung der Minderheitenfrage angestrebt und gefunden wird. Im Ausbau der in den Friedensverträgen nur mangelhaft festgelegten Minderheitenrechte wird ein von allen Staaten anerkanntes und für alle Staaten gültiges Minderheitsstatut geschaffen werden können, das die Freiheit der sprachlichen,

konfessionellen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung aller völkischen Minderheiten auf paritätischer Grundlage gewährleisten und ein friedliches und ungestörtes Zusammenleben mit den Mehrheitsvölkern ermöglichen soll. Durch die Verbannung der nationalen Zwistigkeiten aus dem politischen Betriebe der einzelnen Staaten wird unter den Landesbewohnern verschiedener Zunge eine Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens und Verständens geschaffen werden können, welche die Bahn frei machen würde für das produktive Zusammenarbeiten auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens und die Möglichkeit schaffen könnte, zur Zusammenfassung aller Kräfte im Dienste des Aufbaues der einzelnen Staaten und des ganzen europäischen Kontinentes.

Dies wäre die Frucht der internationalen Regelung des Minderheitenschutzes und darin liegt ihr eigentlicher Wert. Die Konferenzen von München und Prag sollen in diesem Sinne als ein günstiges Vorzeichen gedeutet werden. Deutsches Volksblatt.

Politische Rundschau.

Inland.

Die Konferenz von Beograd.

Das amtliche Communiqué, das über die Vollversammlung herausgegeben wurde, hat nachstehenden Wortlaut: Die Delegierten Polens, Rumäniens, der tschechoslowakischen Republik und des Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen, vereinigt in der Sachverständigenkonferenz in Beograd zum Zwecke der Beratung aller finanziellen, wirtschaftlichen und Transportfragen, die in der Konferenz von Genua auf der Tagesordnung erscheinen werden, stellen fest, daß in allen erörterten Fragen eine völlige Uebereinstimmung der Anschauungen erzielt wurde. Von den Grundsätzen ausgehend, die für die Konferenz von Genua als maßgebend angenommen wurden, wonach keine Verletzung der bestehenden Verträge stattfinden darf, und vom festen Willen ihrer Regierungen geleitet, am großen Werke der Wiederaufrichtung und Konsolidierung des wirtschaftlichen Lebens Europas teilzunehmen, haben die Sachverständigen einen gemeinsamen Plan bezüglich aller Fragen ausgearbeitet, die in Genua in Verhandlung gezogen werden könnten.

Die Verwaltungseinteilung des Staates.

Wie es scheint, wird der Gesetzentwurf über die Einteilung des Landes in Verwaltungsgebiete der Regierung beträchtliche Verlegenheiten bereiten. Der radikale Klub nahm nämlich den Antrag seines Zwölferausschusses an, wonach die bisherigen Kreise und Komitate in Verwaltungsgebiete umgewandelt werden sollen. Da dieser Beschluß der Verfassung widerspricht, scheint eine Krise unausbleiblich. Nach dem Entwurfe des Unterausschusses für die Einteilung des Staates soll dieser in 28 Gebiete geteilt werden. Slowenien zerfällt bekanntlich in zwei Verwaltungsgebiete, in das von Ljubljana und das von Maribor. Zu dem letzteren gehören Celje, Maribor, Ptuj, Murska Sobota, Slovenjgradec, Muta, Mozirje, Gornjigrad und Smarje. Es besteht die Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Regierung den Gesetzentwurf im Verordnungswege in Kraft setzen werde.

Die Frage der Theater.

In der zweiten Sektion des Finanzausschusses kam dieser Tage die Frage der Theater, für die der Staat bisher jährlich etwa 16 Millionen Dinar auszugeben hat, zur Verhandlung. Abgeordneter Štulj stellte den Antrag, mit Rücksicht auf die heutige soziale Not und die Finanzkrise des Staates fortan in weniger ausgiebigem Maße diese Institute zu bedenken, obwohl sie der kulturellen Entwicklung notwendig seien. Kreise, welche die Notwendigkeit der Theater empfinden, mögen auch im größeren Maße für ihren Bestand sorgen.

Serbiens Anteil an der deutschen Kriegsschädigung.

Nach dem neuesten Abkommen mit der Reparationskommission wird Serbien von der deutschen Kriegsschädigung fünf Prozent erhalten und an allen Privilegien beteiligt sein, die in der Konferenz von Spa Japan und Italien bewilligt wurden. Aus der ersten Solbrate hat Serbien nichts erhalten, von der zweiten einen Anteil von der Reparationskommission verlangt. An Sachleistungen in den verschiedenen Ressorts hat Deutschland im Jahre 1921 30 Millionen Goldmark geleistet und für 1922 mit 54 Millionen Goldmark in Aussicht genommen. Deutschland bezahlt anstatt Viehlieferungen als Ent-

Abigung 60 Millionen Papiermark an Serbien. Deutschösterreich und Ungarn haben bisher nichts geleistet. Bulgarien hat Vieh im Werte von 13 Millionen Dinar gesendet.

Ausland.

Die Konferenz der Finanzminister.

Die Konferenz der Finanzminister der alliierten Staaten, die gegenwärtig in Paris tagt, ist, wie aus Paris gemeldet wird, mit der Beratung der wichtigsten Verhandlungspunkte bereits zu Ende gekommen. Es wurde unter anderem auch die Verteilung der ersten deutschen Goldmilliarde festgelegt. Belgien erhält 330 Millionen, England 500 Millionen, Frankreich 140 und Italien 30 Millionen Goldmark. Ferner verhandelten die Finanzminister über den Entwurf einer großen internationalen Anleihe zum Zwecke der Liquidierung der deutschen Schulden und der Sanierung der deutschen Finanzen. Während der Verhandlungen kam es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen dem französischen Finanzminister auf der einen Seite und den Finanzministern der übrigen Staaten auf der anderen Seite. Frankreich hat nämlich seine Verbündeten mit neuen Forderungen überrascht, die im Widerspruch mit den Abmachungen von Cannes stehen. Die Pariser Blätter können ihre Beunruhigung nicht verbergen.

Der Friedensstand der europäischen Armeen.

Auf der letzten Sitzung der Abrüstungskommission beim Völkerbund hat der Vertreter Englands Lord Escher, seinen Entwurf über die Friedensstärke der Armeen der einzelnen Staaten vorgelegt. Danach sind für Belgien zwei, für die Tschechoslowakei drei, Dänemark zwei, Frankreich sechs, England drei, Griechenland drei, Italien vier, Holland drei, Norwegen zwei, Rumänien drei, Schweden zwei, Spanien drei und die Schweiz zwei Armeekorps vorgesehen. Ein Armeekorps soll 30.000 Mann betragen. Deutschland darf die im Vertrage von Versailles vorgeschriebene Truppenzahl unter den Fahnen halten.

Die Forderungen Ungarns im Burgenlande.

Wie Blättermeldungen besagen, fordert Ungarn im südlichen Teile des Burgenlandes nicht weniger als 66 Gemeinden und für die im nördlichen Teile beantragte Grenzregulierung 31 Ortschaften. Damit wären alle Kohlenflächte des Bremberger Werkes für Deutschösterreich verloren. Auch der bei weitem größte Teil des Neufiedler Sees und wertvolle Waldungen der Esterhazy'schen und der Friedrich'schen Güter, die besonders für die Milchversorgung Wiens in Betracht kommen, liegen in dem geforderten Landesteile, der kaum weniger als ein Drittel des nach der Uebergabe Nebenburgen bei Oesterreich gebliebenen burgenländischen Gebietes ausmacht. Bundeskanzler Schober hat den Ententegegnanden in Wien den diesbezüglichen Standpunkt Deutschösterreichs klar gemacht und ihre volle Zustimmung gefunden. Auch sie stehen auf dem Standpunkte, daß die Grenzfrage durch die Bestimmungen des Friedensvertrages genau geregelt sei, und hoffen, von ihren Regierungen Oesterreich zufriedenstellende Antworten zu erhalten. Das Verbleiben Schobers an der Spitze der Regierung ist abhängig von der schnellen Lösung dieser Frage.

Die albanische Thronkandidatur.

Die Blätter beschäftigen sich in der letzten Zeit mit den Aussichten der verschiedenen Kandidaten auf den albanischen Thron. Wie der Londoner Daily Telegraph aus Drača berichtet, kommen der ehemalige Fürst von Albanien, Prinz Wied, der amerikanische Prinz Buonaparte und der Engländer Sir Robert Cecil in Betracht. Die meisten Aussichten hat angeblich Robert Cecil, der im Vorjahre beim Völkerbunde energisch für die Rechte der Albaner eingetreten ist. Wie einige Blätter melden, besteht in albanischen Kreisen auch der Plan, eine Deputation zum Prinzen Georg Karagjorgjević nach Paris zu entsenden und diesem den albanischen Thron anzubieten.

Eine Mahnung des Völkerbundes an die Tschechoslowakei.

Wie das Deutsche Volksblatt meldet, hat der Völkerbund an die tschechoslowakische Regierung die Mahnung gerichtet, die im Friedensvertrage übernommenen Verpflichtungen bezüglich der Autonomie der Karpathorussen durchzuführen. Wie verlautet, bereitet der Völkerbund ähnliche Mahnungen auch an andere Nachfolgestaaten vor, die sich bisher bei

Behandlung ihrer nationalen Minderheiten gegen die in den Friedensverträgen übernommenen Verpflichtungen vergangen haben. Die Beschränkungsstellen teils von den betreffenden nationalen Minderheiten, teils von den Volksgenossen derselben in anderen Staaten beim Völkerbunde eingereicht worden.

Die Indienkrise in England.

Offizielle Nachrichten aus Bombay melden, daß der indische Nationalistenführer Ghandi von den englischen Behörden verhaftet und der Vizekönig von Indien, Lord Reading, ein geborener Jude, in einigen Wochen von seinem Amte zurücktreten wird. Die Verhaftung Ghandis hat bisher zwar noch keine Unruhen unter seinen Anhängern hervorgerufen, nichtsdestoweniger werden der Beschleßung radikaler Methoden in der Lösung der indischen Frage von einem großen Teile der englischen Presse weitreichende Folgen zugeschrieben. Die indische Regierung hat an den Staatssekretär von Indien Montag ein Telegramm gelangen lassen, in dem es unter anderem heißt, daß sie es am Vorabend der Konferenz, die sich mit den Fragen des Orients befassen wird, für notwendig halte, die Forderung Indiens nach einer Revision des Friedensvertrages von Sevres zum Ausdruck zu bringen. Indien bestehe vor allem auf drei Punkte: Räumung von Konstantinopel, Oberhoheit des Sultans über Orte, die den Türken heilig sind, Rückgabe Smyrnas und türkischer Teile von Thraxien an die hohe Pforte.

Aus Stadt und Land.

Fünf Todesurteile. Die Schwurgerichte in Maribor und Celje haben in der letzten Woche zusammen fünf Todesurteile ausgesprochen. In Maribor wurden die Angeklagten Maria Persi, deren Liebhaber Muzic und der von den beiden zum Mord an dem greisen Inwohner Kasar, der das lebenslängliche Wohn- und Kostrecht im Hause der Persi hatte, gedungenen Hojnik zum Tode durch den Strang verurteilt. In Celje wurde die Schwurgerichtsverhandlung gegen die Mörder des Gensarmen Peter Mauer zu Ende geführt. Wir haben seinerzeit über diesen Mord berichtet. Der Deserteur Franz Barlec und der Dorfbursche Josef Kostansek wurden zum Tode durch den Strang, der Bruder des ersteren, Josef Barlec, der noch nicht 20 Jahre alt ist, zu 15 Jahren schweren Kerkers, Martin Cerjak zu acht Jahren und Josef Levstik zu sechs Jahren verurteilt. Josef Barlovic-Podjorski und Andreas Krizančič wurden freigesprochen. Die Angeklagten haben das Urteil ruhig entgegengenommen.

Vom Schwurgericht. Vergangenen Donnerstag fand vor dem Geschworenengericht in Celje die Schlußverhandlung gegen den des Mordes an seiner Mutter angeklagten Franz Stergar aus der Umgebung von Brezice statt. Der Angeklagte hatte ein Liebesverhältnis mit der Nachbarstochter Maria Radanovič. Da seine Mutter gegen die Ehe war, herrschte zwischen ihr und dem Sohn Feindschaft. Am 22. November v. J. schickte sie diesen um Weinsäffer nach Podvinje und Kapela, wohin er auch in der Dämmerung fuhr. Gegen halb acht Uhr abends hörten Dorfburschen vom Stergarschen Hause her die verzweifelten Hilferufe einer Frau. Auch der Angeklagte sagt aus, daß er die Schreie gehört und deshalb die Pferde rascher gegen das Haus getrieben habe. Am anderen Morgen führte er seinen Nachbar geradewegs zum Hausbrunnen, ließ den Eimer hinunter und die Leiche der Mutter wurde gefunden. Trotdem alle Umstände darauf hinwiesen, daß Stergar seine Mutter ermordet hatte, leugnete er vor dem Gerichte und blieb dabei, daß er an dem Abende in Kapela gewesen sei. Die Geschworenen konnten sich von der Schuld nicht überzeugen und sprachen Franz Stergar mit sechs Stimmen ja und sechs nein frei.

Anmeldung des Jahrganges 1902. Der Stadtmagistrat Celje verlautbart: Alle im Jahre 1902 geborenen Jünglinge, die im Bereiche der Stadtgemeinde Celje wohnen, werden aufgefordert, sich in der Zeit vom 17. bis zum 27. März l. J. beim Stadtmagistrate Celje, Zimmer Nr. 9, während der Amtsstunden von 9 bis 12 Uhr vormittags zu melden, und zwar ohne Rücksicht auf ihre Zuständigkeit. Mitzubringen haben sie Taufschein, Heimatschein, Familienbogen und, falls jemand von den Familienmitgliedern beim Militär gedient hat, auch den „Militärausweis“. Abwesende Jünglinge müssen von ihren Eltern oder Vormündern, bzw. den nächsten Verwandten angemeldet werden. Es wird auf die Artikel 10 und 11 des Wehrgesetzes auf-

merksam gemacht, auf Grund derer gegen jedermann, der nicht rechtzeitig seiner Meldepflicht nachgekommen ist, auf das strengste vorgegangen werden wird. Dieselben Folgen treffen auch die Familien, die ihre abwesenden Söhne nicht in der angegebenen Frist anmelden.

Erhöhung der Postgebühren bei Sendungen ins Ausland. Am 1. April treten im Postverkehre mit dem Auslande nachstehende Gebühren in Geltung: Für einen Brief bis zum Gewichte von 20 g 2 Dinar; für einen Brief über 20 g für jede weiteren 20 g noch 1 Dinar dazu; für gewöhnliche Postkarten 1 Dinar; für Postkarten mit Rückantwort 2 Dinar; bei Drucksachen 40 Para für je 50 g; für Geschäftspapiere 40 Para für je 50 g; Minimum aber 80 Para; für Drucksachen mit erhöhter Schrift für Blinde 20 Para für je 500 g. Die Gebühr für eingeschriebene Briefe beträgt 2 Dinar, die Taxe für das Rezipisse, wenn es bei der Aufgabe verlangt wird, 2 Dinar, später 4 Dinar; bei Warenmustern für je 50 g 40 Para, Minimum 80 Para, Reklamationsgebühr 4 Dinar; die Gebühr für die Rücknahme einer Sendung oder Austausch der Adresse 4 Dinar. Für Postpakete und Geldsendungen gelten folgende Gebühren: a) nach Gewicht: für 5 kg 8 Dinar, von 5 bis 10 kg 20 Dinar, von 10 bis 15 kg 30 Dinar und von 15 bis 20 kg 40 Dinar; b) nach Wert: bis 100 Dinar 1 Dinar, von 100 bis 500 Dinar 2 Dinar, von 500 bis 1000 Dinar 5 Dinar, von 1000 bis 5000 Dinar 10 Dinar und von 5000 Dinar weiter für jede weiteren 100 Dinar noch je 1 Dinar dazu. Das größte Gewicht darf 20 kg betragen, der Wert jedoch ist unbegrenzt. Für Pakete größeren Umfanges wird die doppelte Gewichtsgebühr bezahlt. Ein Aviso kostet 30 Para, die Zustellung des Paketes in das Haus oder Geschäft des Empfängers 3 Dinar. Die genannten Gebühren werden im vorhinein entrichtet.

Die Leitung des staatlichen Stellenvermittlungsamtes in Maribor ersucht uns um Veröffentlichung nachfolgender Zeilen: Alle Arbeitsgeber, die irgendwelche Arbeitskräfte suchen oder brauchen (Knechte, Hilfsarbeiter, Maurer, Zimmerleute, Schlosser, Kanalarbeiter, Diener, Dienstboten, Stubenmädchen usw.) werden neuerdings aufmerksam gemacht, daß sie jede freie Stelle zuerst dem obengenannten Staatsamte bekanntgeben und falls sie in bestimmter Zeit da keine gewünschte Arbeitskraft bekommen sollten, erst dann privat weiter suchen. Es ist unzulässig, daß gerade die sogenannten „leichteren Posten“ (Ausburschen, Diener jeder Art, Waggonbegleiter, Kanalarbeiter) unter der Hand abgegeben werden, während beim Arbeitsamte tagtäglich ganze Reihen von armen und bedürftigen Arbeitslosen und Invaliden um Arbeit ansuchen (am 8. März waren 918 angemeldet), die ihnen nicht vermittelt werden kann. Insbesondere betrifft dies Industrie-, Geschäfts- und Bankunternehmungen, die wir bitten, zuerst immer die Ärmsten und Bedürftigsten berücksichtigen zu wollen. Alle Vermittlungen sind für jedermann kostenlos. Anmeldungen werden persönlich, schriftlich und telephonisch (Tel. Nr. 215) entgegengenommen, nur mögen immer Bezahlung und besondere Bedingungen für den Arbeiter genau angegeben werden. — Arbeiter aller Berufsgruppen, die arbeitslos sind oder irgendwelche Arbeit suchen, mögen sich täglich von 9 bis 12 Uhr beim staatlichen Arbeitsamte, Maribor, Stolna ulica 4, anmelden. Arbeits- oder Dienstbotenbuch (sowie auch andere Berufsdokumente) sind immer mitzubringen. Es werden auch gutbeglaubigte schriftliche Anmeldungen angenommen.

Ein Tscheche im Wiener Schulrat. Aus Wien wird gemeldet: In der am 10. d. M. stattgefundenen Gemeinderatsitzung wurde an Stelle des bisherigen Bezirkschulrates ein neuer Schulrat gewählt und in diesen wurde für die Tschechen der Gemeinderat Nachat entsandt.

Die Ehrenbeleidigungsklage des Unterrichtsministers. Wie aus Beograd gemeldet wird, hat der Unterrichtsminister Svetozar Pribicević dem Justizminister die Mitteilung gemacht, daß er gegen den Abgeordneten Stojan Protic die Ehrenbeleidigungsklage einreichen und vom Parlament die Auslieferung des letzteren an das Gericht verlangen werde. Es handelt sich um die bekannten Anschuldigungen in der Hercigonjaaffäre.

Von der Deutschen Partei. Das Neufahrer Deutsche Volksblatt schreibt am 12. März: Die Versammlungstätigkeit der Partei der Deutschen befindet sich in vollem Flusse. Sonntag für Sonntag werden Versammlungen in den deutschen Siedlungsgemeinden abgehalten. Sonntag für Sonntag pilgern aus den Parteizentren unsere Redner, denen

sich gewöhnlich eine Anzahl von begeisterten Volksgenossen anschließen, hinaus aufs freie Land. In ganzen Schwärmen, die immer mehr anschwellen, ziehen die Städter allsonntäglich hinaus in die deutschen Ortschaften, hinaus in die freie Ebene zu ihren Brüdern, und die Zuversicht, die sie hinaus tragen, und der Ansporn, den sie erteilen, steigert sich jedesmal in ihnen selber angesichts der herz erfreuenden Erfolge, die die Partei der Deutschen bei unseren Volksgenossen bisher allenthalben errungen hat. Am heutigen Tage ist ein Stetford zu verzeichnen: vier Versammlungen an einem Sonntage, vier neue Ortsverbände an einem Tage: davon entfallen zwei auf die Batscha (Kuzura und Torschau) und zwei auf Banat (Weißkirchen und Katharinensfeld). Und schon sind weitere Versammlungen für die nächsten Sonntage angemeldet; in der Batscha (bez. Sremien) sind schon alle Sonn- und Feiertage bis Ostern besetzt. Dabei wäre es notwendig, daß an einem und demselben Tage die nämlichen Redner zu gleicher Zeit an verschiedenen Orten sprechen sollten. Denn die Anmeldungen laufen so zahlreich ein und sind zum Teile in solch ungeduldigem Tone gehalten, daß die leitenden Stellen oft Mühe haben, die Forderungen von der Undurchführbarkeit ihres Begehrens zu überzeugen. Menschenunmögliches soll niemand verlangen!

Bilder von Petrus und Paulus entdeckt. Nach einer Mitteilung des bekannten italienischen Archäologen Prof. Lanciani sind, wie aus Rom berichtet wird, zeitgenössische Bildnisse des heiligen

Petrus und des heiligen Paulus in einem unterirdischen Bau der römischen Zeit entdeckt worden. Man stieß auf einen solchen Bau, ein sogenanntes Hypogeum, bei Grabungen, die zur Errichtung einer großen Garage gemacht wurden. Die unterirdische Anlage umfaßt eine Anzahl von Räumen und Galerien, eine Krypta und eine christliche Kirche mit wundervollen Fresken aus sehr früher Zeit. Lanciani glaubt, daß die auf diesen Fresken befindlichen Bildnisse der beiden Heiligen nach dem Leben gemalt worden sind.

Der Mann, der die Wurst verdient hat! Wir lesen in der Berliner „Deutschen Zeitung“: In einem schlesischen Städtchen hatte ein politischer Fleischermeister eine vierpfündige Preßwurst ausgelegt für die beste Antwort auf die Frage: „Wann wird's wieder besser?“ Es gingen über 100 Antworten ein. Gewinner war ein Holzarbeiter. Er schrieb kurz und bündig: „Sobald unsere Leute einsehen, daß zu einem Fasse ein Reifen gehört!“ Der gesunde Menschenverstand fühlt ganz richtig, daß ein guter Reifen tüchtig zusammenhalten und fest ausdrücken muß, damit der Wein aus dem Fasse nicht ausläuft. Der Mann hat die Wurst verdient!

Paralyse heilbar. In letzter Zeit wird in der Presse das vom Prager Universitätsprofessor Dr. Oskar Fischer gefundene Mittel gegen die Paralyse und Rückenmarkschwindsucht viel besprochen. Wie Dr. Fischer erklärt, erzielte er damit in der Behandlung von Paralyse und Rückenmarkschwindsucht im leichteren Stadium volle Heilerfolge, in

völlig hoffnungslosen Fällen eine Wiederherstellung in so weitem Maße, daß die Patienten der Gesellschaft und ihrem Berufe wiedergegeben werden konnten.

Amerika bestellt Luftschiffe in Deutschland. Die amerikanische Handelskammer teilt mit, daß in Washington eine große Gesellschaft für Handelsluftschiffahrt gegründet worden ist, die eine große Anzahl von Verkehrslinien eröffnen wird, die von den Zeppelinluftschiffen gefahren werden sollen. Die Gesellschaft, die den Namen „Allgemeine Luftschiffahrtsgesellschaft“ führen wird, hat schon beschlossen, in Deutschland eine größere Anzahl von lenkbaren Luftschiffen bauen zu lassen. Die beiden ersten Schiffe werden im Sommer 1923 fertig sein und den Dienst zwischen New York und Chicago besorgen.

Sport.

Fußball. Das am vergangenen Sonntag abgehaltene Übungswettbewerb zwischen dem Athletiksportklub Celje und dem Sportklub Celje gewann die einheitlicher spielende Mannschaft des Athletiksportklubs 5 : 1 (2 : 0). An dem flauen Tempo erkannte man den Trainingsmangel beider Mannschaften. Das folgende Spiel der Reserven gewann der Sportklub 1 : 0 (0 : 0). Die Sieger waren besser. Beide Schiedsrichter gut.

Fabriksneue Continental-Schreibmaschinen eingetroffen

Tel. 100 u. 97 Ant. Rud. Legat, Maribor, Slovenska ulica 7 Tel. 100 u. 97

Als **Leiter** für ein größeres Unternehmen wird ein intelligenter, energischer, tüchtiger und geprüfter

Zimmermeister

jugoslawischer Staatsbürger gesucht. Angebote zu senden nach Ljubljana, Postfach 127.

Chauffeur

mit **Prüfungszugnis**, möglichst gelernter Schlosser, der Reparaturen vornehmen kann und Nebenarbeit im Fabrikbetrieb leistet, wird aufgenommen. Offerten mit Angabe bisheriger Tätigkeit, Beschreibung der gefahrenen Wagen und Lohnansprüchen an die Verwltg.-d. Bl. 27789

Gute Bürgersköchin

ehrlich, sparsam, arbeitsam und ein ehrliches, fleissiges Stubenmädchen, beide in mittleren Jahren, per sofort gesucht. Lohn nach Uebereinkunft. Gut Fuzine, p. D. M. v Polju pri Ljubljani.

Herrschaftsdienner

erstklassiger Servierer, empfiehlt sich den geehrten Herrschaften. Geht auch nach auswärts. Adresse in der Verwaltung des Blattes. 27784

Verheirateter, tüchtiger Gatterist

sucht eine Stelle, womöglich mit Wohnung in Slovenien. Anzufragen in der Verwaltung des Blattes. 27790

Wichtig für jeden Steuerzahler!
Lehrbuch der doppelten und amerikanischen Buchhaltung in slovenischer Sprache.

Herausgegeben von der Privatlehranstalt Legat. Erhältlich in allen größeren Buchhandlungen. Unentbehrlich für jeden Geschäftsmann, Gewerbetreibenden, Fabrikanten und Buchhalter.

Maurer

für verschiedene Akkordarbeiten per sofort mehrere **Maurer-Partien** gesucht.

Gradbeno podjetje G. Tönnies, družba z o. z., Ljubljana.

Verlässliches Aufsichtsorgan

verheiratet, womöglich mit Kenntnissen in der Ziegeleibranche, wird aufgenommen in der Leitersberger Ziegelfabrik bei Maribor.

Als **Leiter** für eine größere Maschinentischlerei wird ein intelligenter, energischer, tüchtig er

Tischlermeister

jugoslawischer Staatsbürger gesucht. Angebote zu senden nach Ljubljana, Postfach 127.

Fräulein aus gutem Hause, gelernte Weissnäherin, übernimmt

Weissnäharbeiten

in und ausser dem Hause. Gefl. Anträge an Romana Senekovič, St. Jurij ob južni železnici.

Berufsmasseur

und Krankenpfleger empfiehlt sich zu einem einzelnen Herrn. Auch zu Geisteskranken. Adresse in der Verwaltung des Blattes. 27784

Wein

Offiziere prima. Vrsacer Gebirgsweine, 10 bis 11prozentig, je nach Qualität, zum Preise von 14 bis 15 Kronen per Liter, garantiert naturreine Produzentenweine. Besorge den kommissionsweisen Einkauf direkt vom Produzenten. **Karl Thier**, Weinproduzent und Weinkommissionär, Vrsac, (Banat SHS), Wilsongasse 4. Telephon 146.

Apfelmarmelade

gemischte Marmelade

Himbeersaft

offeriert

Marburger Molkerei u. Obstkonservenfabrik, Ges. m. b. H., Maribor.

Tüchtiger

Goldarbeitergehilfe

wird gesucht. Offerte an „Ozma“ Annonzenbureau, Zagreb, Gunduličeva 5/L.

Spezereiwarengeschäft

auch samt Haus auf gutem Posten in Maribor oder Celje wird gekauft. Anträge an: J. H., Maribor, Stritarjeva ulica 5.

Weingartenbesitz

in schöner Lage, Umgebung Maribor oder Celje, mit gut erhaltenen Gebäuden, wird gekauft. Anträge an: J. H., Maribor, Stritarjeva ulica 5.

Deutscher Untersteirer

37 Jahre alt, wünscht sich mit besserem, wirtschaftlichen, für ländliche Verhältnisse passenden Fräulein oder kinderloser Witwe zu verheiraten. Nichtanonyme Zuschriften unter „Gebildet 27792“ an die Verwaltung des Blattes.

Maschinschreibunterricht

nach dem Zehnfiingersystem, in Slovenisch und Deutsch, erteilt Frau Fanny Blechinger, Levstikova ul. 1.

Salon für feine Damenhüte RUDI PABLE (Igrišnik)

Graz, Gleisdorfergasse 19 empfiehlt sich allen Damen.